



Bremen, den 18.02. 2013

Pressemitteilung

ALLIANZ FÜR DIE KRANKENHÄUSER IM LAND BREMEN

- **Breites Bündnis von Verbänden im Land Bremen fordert schnelle Hilfe zur ausreichenden Finanzierung der Krankenhäuser -**

„Die Bundesregierung muss entschieden handeln und noch für 2013 eine dauerhafte gesetzliche Verbesserung der Krankenhausfinanzierung auf den Weg bringen,“ fordert Jürgen Scholz, Vorsitzender der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e.V. (HBKG).

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser im Land Bremen ist außerordentlich angespannt. Ein wesentlicher Grund dafür sind die unzureichenden gesetzlichen Finanzierungsbedingungen.

Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, hat sich in den letzten Wochen eine bisher einmalige Allianz aus unterschiedlichen Verbänden für die Krankenhäuser im Land Bremen zusammengefunden. Neben der Ärztekammer Bremen und dem Bremer Pflegerat gehören auch die Vereinigungen der Arbeitgeber (KAV Bremen) und Arbeitnehmer (ver.di, Marburger Bund) diesem Bündnis an. Komplettiert wird die Allianz durch die Caritasverbände in Bremen und Bremerhaven, die DIAKONIE Bremen und die Verbände der Krankenhausedirektoren und der Privatkliniken.

„Die Breite der Allianz dokumentiert, dass trotz vielfältiger und auch unterschiedlicher Interessen eine große Übereinstimmung in der Frage einer angemessenen Krankenhausfinanzierung besteht“, ist sich Uwe Zimmer, der Geschäftsführer der HBKG sicher.

Die Verbände der Allianz für die Krankenhäuser im Land Bremen haben sich auf eine gemeinsame Erklärung (s. Anlage) verständigt.

Darin wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Schere zwischen hoher allgemeiner Kostensteigerung und geringer Vergütungserhöhung die Krankenhäuser immer tiefer in roten Zahlen treibt. Mehr als die Hälfte der Krankenhausversorgung im Land Bremen ist inzwischen defizitär und die Tendenz ist negativ.

„In Zeiten, wo die Bundespolitik über die Verwendung der Milliardenüberschüsse in der Gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert, werden den Krankenhäusern weiterhin zusätzliche Sparbeiträge abgefordert. Da ist nicht mehr nachvollziehbar“, meint Jürgen Scholz.



Bremen, den 18.02. 2013

Die Politik darf nicht weiter zusehen, wie die Krankenhausversorgung massiv gefährdet und den Beschäftigten einseitig die Lasten der Unterfinanzierung aufgebürdet wird.

Die Allianz für die Krankenhäuser im Land Bremen begrüßt nachdrücklich die überparteiliche Einigkeit in der Bürgerschaft, dass eine Verbesserung der Bundesgesetzgebung bei der Krankenhausfinanzierung dringend erforderlich sei.

Sie appelliert an die Landespolitik in Richtung Bundespolitik aktiv und initiativ zu werden und sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung anhand eines konkret laufenden Gesetzgebungsverfahrens endlich entsprechend tätig wird.

Die Menschen erwarten, dass die Krankenhäuser jederzeit mit hochqualifizierten Leistungen bereitstehen und ein Höchstmaß an medizinischer und pflegerischer Qualität erbringen.

Für die Enttäuschung dieser Erwartungen trägt die Politik die Verantwortung, wenn die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wahljahr erneut vertröstet werden und sich die Situation in den Kliniken weiter zuspitzt.

Federführend für die Allianz für die Krankenhäuser im Land Bremen ist die HBKG.

Weitere Informationen erhalten sie bei:

Herrn Uwe Zimmer, Geschäftsführer der HBKG:
Tel.: 0421-241020, Handy: 0178 – 8234422, , Fax: 0421-2410222.

oder bei den einzelnen Ansprechpartnern der Allianz (s. gemeinsame Erklärung)

Die Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V. (HBKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Bremen. Sie vertritt die Interessen von 14 öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern im Land Bremen. Jährlich versorgen Bremens Kliniken stationär über 200.000 Patienten, auch aus dem niedersächsischen Umland. Mit einem Bruttokostenvolumen von 886 Millionen Euro und 10.500 Beschäftigten sind die Krankenhäuser einer der größten Arbeitgeber im Land Bremen.